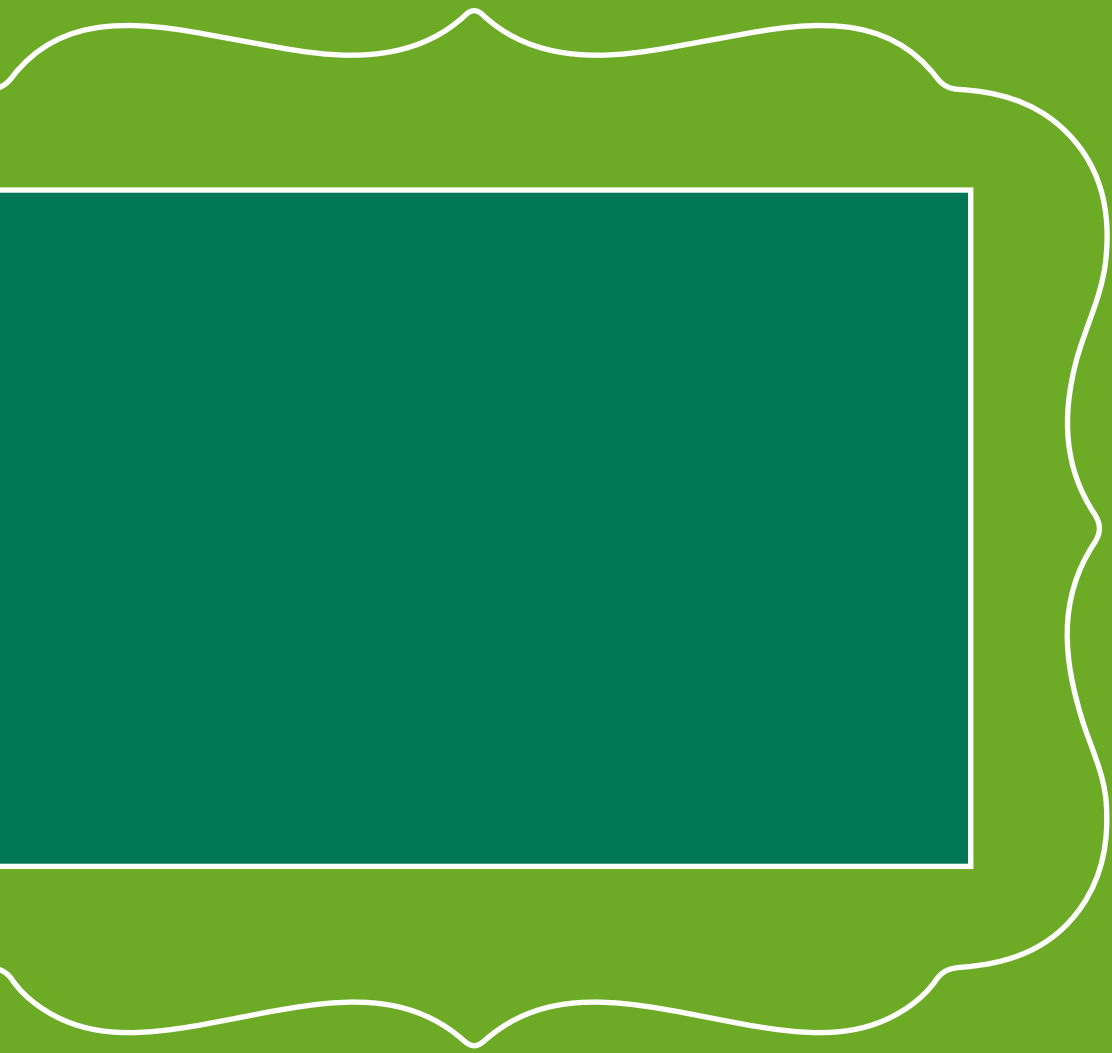


Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz

Eine Handreichung





Inhalt

Grußwort	4
Vorwort	5
„Naturschutz ist Heimatschutz“ – völkischer Rechtsextremismus im Naturschutz	6
Die Mär von der Überbevölkerung	9
Heimat	12
Naturgesetz	16
Das Fremde und das Eigene	20
Mythos deutscher Wald	24
Nachwort	27
Glossar	29
Weiterführende Literatur	30

Grußwort

Vorstellungen vom Naturschutz sind in Deutschland seit mehr als einhundert Jahren ideologisch geprägt. Historisch liegen Naturwissenschaften, Naturschutz und Volkserziehung nahe beieinander. Es gilt allerdings zwischen einem naturwissenschaftlich, biologistisch, mystisch geprägten und einem rationalen, sozialwissenschaftlich orientierten, internationalen Interesse am Naturschutz zu unterscheiden.

Kritische Auseinandersetzung mit dem, was jeweils als Natur und Gesellschaft angesehen wird, mag die Neigung zu radikalisieren und zu funktionalisieren verringern. Sie kann auch dazu beitragen, den Schutz von Natur für eine sich weltweit zusehends verstärkende Bevölkerung zu befördern. In diesem Sinn verstehe ich meine Mitarbeit bei FARN.

Die vorliegende Handreichung will ihre Leserschaft zu einer eben solchen kritischen Auseinandersetzung ermuntern.

Prof. Dr. Gert Gröning

Forschungsstelle Gartenkultur und Freiraumentwicklung am
Institut für Geschichte und Theorie der Gestaltung an der
Universität der Künste Berlin

Vorwort

In Deutschland werden Umweltpolitik und ökologisches Denken oft mit alternativen Lebensweisen und einem emanzipatorischen Demokratieverständnis verbunden. Doch diese Annahme trifft nur bedingt zu.

Die deutsche Natur- und Umweltschutzbewegung entstand Mitte des 19. Jahrhunderts aus einem konservativen, romantischen und zivilisationskritischen Verständnis heraus. Passend zum Nationalismus nannte sie sich auch „Heimatschutzbewegung“. Diese war geprägt von einer pessimistischen Sicht auf Verstädterung und Industrialisierung und sehnte sich nach einer romantisch verklärten „besseren Zeit“ und dem Erhalt kulturell gewachsener Landschaften. Neben der negativen Haltung gegenüber dem Stadtleben war auch eine antimoderne und antisemitische Grundeinstellung vorhanden.

Mithilfe der ideologischen Vorarbeit durch den *Bund Heimatschutz* und andere völkisch orientierte Gruppen konnten auch die Nationalsozialisten ökologische Themen in ihren faschistischen Staat einbauen. Natur- und Tierschutz erhielten eine besondere rechtliche Stellung, die „Blut und Boden“-Ideologie basierte auf dem Ideal der bäuerlichen Landwirtschaft. Der Gedanke, dass „Volk“ und „Raum“ organisch miteinander verbunden seien, ebnete schlussendlich auch den Weg für den rassenideologischen Krieg um den „Lebensraum im Osten“. Viele Akteure eines „Blut-und-Boden“-Naturschutzes konnten ihre Tätigkeit im Naturschutz der Bundesrepublik, in Verbänden wie in der Verwaltung, fortsetzen.

Erst im Zuge der Anti-Kernkraft-Proteste und der Gründung der GRÜNEN bekam die Umweltbewegung in den 1970er und 1980er Jahren den Anschein einer vorwiegend linken Ausrichtung. Doch das schließt nicht alle Akteur_innen ein. Denn stets spielten grüne Themen auch bei den rechtsextremen Parteien und Gruppierungen eine Rolle.

Und auch heute engagieren sich rechtsextreme Gruppierungen und Einzelpersonen im Natur- und Umweltschutz. Sie wehren sich gegen Gentechnik und Atomenergie. Sie plädieren für eine ökologische Landwirtschaft und für eine artgerechte Tierhaltung. Sie sind für „heimische“ Obstsorten und gegen „eingeschleppte“ Neophyten.

Die Grenzen zwischen den politischen Lagern scheinen zu verschwimmen, wenn es um grüne Themen geht. Viele Forderungen der „grünen“ Braunen decken sich oberflächlich betrachtet mit denen von (Jugend-)Umweltverbänden und Naturschutzorganisationen. Erst bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass der rechte Natur- und Umweltschutz oft verknüpft ist mit rassistischen, biologistischen und völkischen Ideen – etwa mit den neu-rechten Konzepten vom „Ethnopluralismus“ oder der „Umvolkung“.

Diese Broschüre stellt einige der ökologischen Themen vor, bei denen sich die Forderungen scheinbar überschneiden, und erklärt, warum Rechtsextreme sich dieser Themen bedienen und wie sie sie instrumentalisieren.

Die Artikel sind ein erster Einstieg in die jeweiligen Schwerpunkte und sollen neugierig auf eine intensivere Beschäftigung machen. Dabei helfen die Literaturhinweise und das Glossar im Anhang.

Lukas Nicolaisen & Yannick Passeick

Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

1 | „Naturschutz ist Heimatschutz“ – völkischer Rechtsextremismus im Naturschutz



Wer das eigene Leben nach ökologisch-nachhaltigen Idealen gestaltet, fühlt sich möglicherweise im „Beton der Metropolen“ unwohl und lebt lieber auf dem Land. Um das als zerstörerisch empfundene kapitalistische Wirtschaftssystem zu ertragen, isst man Bio, regional und saisonal; am besten baut frau das Lebensnötigste selbst an. Auch industriell hergestellte Kleidung wird oft abgelehnt, ebenso wie Atomenergie, Gentechnik oder die Pharmaindustrie. Bei Wahlen macht man das Kreuz traditionell bei rechtsextremen Parteien und im Bücherregal steht eine abgenutzte Version von „Mein Kampf“. Überrascht?

Völkische Positionen im Naturschutz

Umweltpolitik und ökologisches Denken werden in Deutschland oft mit einem emanzipatorischen politischen Weltbild verbunden. Doch so einfach ist es nicht. Tatsächlich hat die Verbindung von ökologischen Themen mit einem rechtsextremen Weltbild in Deutschland eine lange Tradition, die vor allem im völkischen Teil des rechten Spektrums zu verorten ist. Gegen

Ende des 19. Jahrhunderts war die Wahrnehmung der Natur von einem romantisierenden, anti-modernen und anti-aufklärerischen Blick geprägt. Naturwissenschaftliche Annahmen wie die Darwinsche Evolutionstheorie wurden auf soziale und bevölkerungspolitische Phänomene übertragen: Um das Bestehen des Ganzen zu sichern, müssten schwache, von der vermeintlichen Norm abweichende Elemente beseitigt werden. Diese Gedanken passten in das politische Klima der Zeit und ließen sich leicht mit der Vorstellung der Ungleichwertigkeit von „Menschenrassen“ und der „Blut und Boden“-Ideologie des Nationalsozialismus vereinen. Im Slogan „Naturschutz ist Heimatschutz“ der völkischen Bewegung findet diese Verbindung ihren politischen Ausdruck. Seitdem sind ökologische Themen fester Bestandteil des politischen Programms rechter bis rechtsextremer Weltanschauungen.

Völkischer Rechtsextremismus ist im gesamten Bundesgebiet ein präsenteres Problem. Das Thema Naturschutz stellt für die Akteur_innen der Szene eine willkommene Möglichkeit dar, an gesellschaftliche Diskurse anzudocken, in scheinbar unverdächtigen Bereichen zu wirken und für Akzeptanz ihrer Positionen zu werben. Daher ist es auch und gerade in ökologischen Kontexten wichtig, auf die weltanschauliche Motivation des Engagements einzelner Aktivist_innen zu schauen und Strategien im Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen zu entwickeln, die eine klare Abgrenzung zu menschen- und demokratiefeindlichen Ansichten beinhalten.

Der Siedlungsgedanke im völkischen Naturschutz

Bereits im deutschen Kaiserreich entstand innerhalb der völkischen Bewegung die Idee, durch gezielte Ansiedlungen junger Leute auf dem Land die Gesamtgesellschaft in ihrem Sinne zu verändern. Durch Einflüsse der bündischen Jugendbewegung und der Lebensreformbewegung waren auch positive Bezüge auf Vegetarismus, Naturreligiosität und ökologische Landwirtschaft in der völkischen Bewegung keine Seltenheit.

Durch eine „naturgemäße Lebensgestaltung“ dieser Siedler_innen sollte die „Volksgemeinschaft“ im Kleinen hergestellt und die „Arterhaltung“ gesichert werden. Neben der Pflege „arteigener Sitten“, wie beispielsweise als „germanisch“ gedeuteter Rituale, und einer „deutschgläubigen“ Spiritualität gehörten hierzu auch eugenische Gedanken gegenüber angeblich „artfremden“ Minderheiten. Während die völkische „Schicksalsgemeinschaft“ durch rassistische und antisemitische Grenzziehungen nach Außen konstruiert wurde, wurde sie im Inneren durch antifeministische Einstellungen und starre Geschlechterrollen gefestigt.

Eine der bekanntesten Gruppierungen, die den völkischen Siedlungsgedanken in die Tat umsetzen wollte, war der *Bund Artam*. Sein Ziel war es, vor allem die östlichen Gebiete des Deutschen Reiches zu „germanisieren“ und die polnischen Saisonarbeiter_innen zu verdrängen. Als einziger Jugendbund, der im Zuge der „Gleichschaltung“ der Nationalsozialisten zunächst nicht verboten wurde, unterhielten die „Artamanen“ bis zu 300 Güter, bevor sie schließlich in die Hitlerjugend eingegliedert wurden.

Wenig überraschend ließen sich auch unter den NS-Größen prominente Paten des völkischen Naturschutzes finden: Neben dem Reichsführer SS Heinrich Himmler und dem Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß war beispielsweise der Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Walther Darré Anhänger des *Bund Artam*. Unter Darré wurde die gesamte Agrarpolitik nach völkischen Prinzipien ausgerichtet.

„Die letzten von gestern, die ersten von morgen“ – völkischer Rechtsextremismus heute

Die völkische Bewegung brauchte nicht lange, um nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Arbeit wiederaufzunehmen. Hilfreich waren hierfür besonders die zahlreichen „völkischen Sippen“, die über Jahrzehnte den völkischen Geist aufrechterhalten konnten und ihre Kinder in diesem Sinne erzogen.

Rechtsextreme Jugendbünde wie die Wiking-Jugend, in deren Zeltlagern Kinder indoktriniert werden, knüpften ebenso an die Vorkriegs- beziehungsweise NS-Zeit an wie „deutschgläubige“ Sekten wie die *Artgemeinschaft* oder der *Bund für Gotterkenntnis*. Wegen ihres Bezugs auf die völkisch-antisemitische Weltanschauung Mathilde Ludendorffs werden die Anhänger des „Bundes für Gotterkenntnis“ auch „Ludendorffer“ genannt. Gemeinsam mit ihrem Mann Erich, dem Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg, war Mathilde Ludendorff in der Weimarer Republik eine der wichtigsten Vertreter_innen der völkischen Bewegung. Mit ihren Schriften, in denen sie das verschwörerische Bild eines weltbeherrschenden Judentums zeichnet, welches Christentum, Jesuiten und Freimaurer als seine Agent_innen einsetze, war Mathilde Ludendorff mit dem Vernichtungsantisemitismus Adolf Hitlers auf einer Linie. Bis heute findet die Ostertagung der „Ludendorffer“ alljährlich in einem kleinen Dorf in der Lüneburger Heide statt, bei der



Holocaustleugner_innen und ehemalige SS-Mitglieder Vorträge zu rassistischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Themen halten.

Der Siedlungsgedanke ist in der gesamten rechten Szene weiterhin sehr präsent. In rechten bis rechtsextremen Medien wie dem Magazin *Umwelt & Aktiv* oder der neu-rechten Zeitschrift *Sezession* werden Siedlungsprojekte immer wieder positiv besprochen und Appelle zur Landnahme verfasst, die sich vor allem an junge Männer richten.

Aktuell bemüht sich das rechte Projekt *Ein Prozent für unser Land*, Familien für die Idee der rechten Raumergreifung zu gewinnen. Die Crowdfunding-Plattform verbindet die rechtsextreme *Identitäre Bewegung* und das von Götz Kubitschek geleitete, neu-rechte *Institut für Staatspolitik* mit äußerst rechts stehenden AfD-Funktionären und dem Querfront-Magazin *Compact*. Wo genau die rechte Rückeroberung des ländlichen Raums anvisiert wird, ist bisher nicht bekannt. Gut vorstellbar ist jedoch, dass das Projekt versucht, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern an bereits bestehende rechtsextreme Strukturen auf dem Land anzuknüpfen. Hier siedelten sich in den 1990er Jahren mehrere Familien an, um die Tradition der „Artamanen“ wiederaufleben zu lassen. Akteur_innen aus diesen völkischen Siedlungen versuchten gezielt, lokale Initiativen gegen Atomenergie und Gentechnik oder solidarische Landwirtschaftsnetzwerke zu unterwandern.



Eine Recherche der Belltower News zum rechtsextremen Netzwerk *Ein Prozent* findet sich unter <https://kurzlink.de/ngo-neue-rechte>

Damit diese Siedlungen rechtsextremer Akteur_innen weiterhin marginale Erscheinungen und ihr Traum einer wiederhergestellten Volksgemeinschaft auf dem Land nichts mehr als lächerliche Versuche, die Zeit zurückzudrehen, bleiben, braucht es eine aufmerksame Zivilgesellschaft, die sich rechten Unterwanderungen klar entgegenstellt und aktiv für eine offene Gesellschaft eintritt.

Marius Hellwig

Der Autor ist Referent für völkischen Rechtsextremismus im ländlichen Raum bei der Amadeu Antonio Stiftung und Mitglied des Fachbeirats der Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

2 | Die Mär von der Überbevölkerung

Gibt es zu viele Menschen auf der Erde? Und falls ja, wo? Lässt sich der Klimawandel überhaupt noch aufhalten, wenn wir (beziehungsweise die anderen) immer mehr werden? Diese Fragen sind alles andere als neu und doch hochaktuell. Sowohl in rechten Kreisen als auch teilweise in den Umwelt- und Postwachstumsbewegungen wird ein Horrorszenario der Überbevölkerung an die Wand gemalt. Bei genauerem Hinsehen basieren diese Ängste auf einem zweifelhaften Weltbild.

Der Ökonom Thomas Robert Malthus machte sich bereits 1798 Gedanken zur Bevölkerungsentwicklung und ging davon aus, dass eine steigende Anzahl von Menschen in einem bestimmten geographischen Raum langfristig Ernährungsprobleme zur Folge haben würde. Dies würde dann zu Epidemien und Kriegen führen, welche die Bevölkerungszahl auf ein tragfähiges Maß reduzieren würde. Diese Überzeugung übernahmen nicht zuletzt die Nationalsozialisten als ideologische Grundlage für die Notwendigkeit ihrer „Lebensraumpolitik“ und den Vernichtungskrieg im Osten.

Die Furcht vor der „Bevölkerungsbombe“

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren Gedanken zur Überbevölkerung präsent. Nach Ansicht des Historikers Joachim Radkau einte die entstehende Umweltbewegung inner- und außerhalb der USA am stärksten die Furcht vor einer Überbevölkerung des Planeten. Dies erscheint gerade im Hinblick auf die enorm hohen Opferzahlen durch den Krieg überraschend. Dennoch wurde in Anspielung auf die zerstörerische Kraft der Atombombe vor der sogenannten „Bevölkerungsbombe“ gewarnt. Dies war auch der Titel eines Bestsellers des Biologen Paul R. Ehrlich von 1968, dessen Ideen großen Anklang in der Umweltbewegung fanden. Seine These: Der ungebremste Zuwachs der Bevölkerung würde vor allem in Entwicklungsländern für schwere Hungersnöte sorgen und die Zerstörung der Natur nach sich ziehen.



Daran anschließend erregte 1972 der Club of Rome mit seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ weltweites Aufsehen. Die Wissenschaftler nahmen sich der Problematik übermäßigen Ressourcenverbrauchs durch stets steigende Wachstumsraten an. Weil diese dem Kapitalismus inhärent sind, handelte es sich also vor allem um eine Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftsweise. Zentrale und bis heute breit rezipierte These der Studie ist:

„Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“

(Club Of Rome, 1972)



Der Diskurs in der Bundesrepublik

Daraus wurden im öffentlichen Diskurs verschiedene Schlüsse gezogen. Weit verbreitet war in der Bundesrepublik die Forderung nach strikter Geburtenkontrolle in Entwicklungsländern und der Reduzierung von Entwicklungshilfe. Die Idee dahinter war, dass sich durch wachsende Armut und Ernährungskatastrophen die Geburtenrate schon irgendwie reduzieren würde. Vorreiter dieser menschenverachtenden Theorien war der bekannte Verhaltensforscher und ehemalige Mitarbeiter des rassenpolitischen Amtes der NSDAP Konrad Lorenz. In „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ benannte er 1973 die „Überbevölkerung“ als erste Todsünde. Dabei hatte er nicht nur ökologische Bedenken, sondern befürchtete ein Verschwinden der menschlichen Liebe:

„Die Übervölkerung der Erde, die jeden von uns durch das Überangebot an sozialen Kontakten dazu zwingt, sich dagegen in einer grundsätzlich ‚unmenschlichen‘ Weise abzuschildern, und die außerdem durch die Zusammenpferchung vieler Individuen auf engem Raum unmittelbar aggressionsauslösend wirkt.“

(Lorenz, 1973)

Dieser Zivilisationspessimismus des einflussreichen Ökologen ist angesichts seiner Vergangenheit als Rassenkundler und Euthanasiebefürworter nicht weiter überraschend – viel bedenklicher ist allerdings die breite Aufnahme dieser Gedanken durch Teile der Umweltbewegung.

Als Inspirationsquelle dürften Konrad Lorenz und der Club of Rome einer prominenten Stimme der bundesrepublikanischen Umweltbewegung gedient haben: Herbert Gruhl. Er war zunächst Mitbegründer der GRÜNEN und etwas später gemeinsam mit dem rechtsextremen Öko-Bauern Baldur Springmann Mitbegründer der ÖDP. Gruhl sympathisierte mit einer ökologischen Notstandsregierung, die eine rigorose Geburtenkontrolle und Beschränkung von Einwanderung zum Erhalt des Volkes durchsetzen sollte.

Diese Gedanken skizzierte er 1975 in dem für die Ökologiebewegung wegweisenden Buch „Ein Planet wird geplündert“:

„Einige europäische Völker, die in der glücklichen Lage sind, daß sich ihre Bevölkerung stabilisiert, haben einen Weg von sagenhafter Dummheit gefunden, diesen Vorteil wieder aus der Hand zu geben: Sie betrachten sich jetzt als Einwanderungsländer für den gesamten Erdball.“

„In Afrika müßte man die hohe Geburtenrate mit Familienplanungsmaßnahmen auf ein ökologisch und demographisch vertretbares Niveau verringern, damit sich die Bevölkerungszahlen stabilisieren. In Europa müßte man mit steuerlichen Erleichterungen und finanziellen Förderungen die Geburtenrate erhöhen, um ein Aussterben der Einheimischen zu verhindern.“

(Deutsche Stimme, 2017)

Die Industrienationen leben auf Kosten des globalen Südens

Hinter diesen Meinungen, die bis heute in Umwelt-, Postwachstums- und Naturschutzbewegungen teilweise auf Zustimmung treffen, steckt vor allem eins: ein menschenfeindliches Bild. Weil die Industrienationen die Luft weiter verpesten und ohne Rücksicht auf ökologische Fußabdrücke leben wollen, sollen die Entwicklungsländer ihre Bevölkerungszahl verringern. Es wird versucht, auf Kosten der ärmsten die ausbeuterische Wirtschaftsweise der reichsten Menschen zu gewährleisten. Gleichzeitig freut man sich über sich stabilisierende Geburtenraten im globalen Norden, schaut mit Sorge auf die steigenden Geburtenraten des Südens und offenbart damit tiefgehende frauenfeindliche und rassistische Denkmuster.

Ein Beispiel dafür stellt die bevormundende und sexistische Vorgehensweise der Bill & Melinda Gates Foundation dar: Ganz offen steckt hinter dem – fraglos sehr hilfreichen und nötigen – Bereitstellen von Impfstoffen und Verhütungsmitteln das Ziel der Bevölkerungsreduktion. Aus feministischer Perspektive werden mit dem Konzept der Verbesserung der individuellen „reproduktiven Gesundheit“ jedoch nach wie vor geburtenreduzierende Strategien legitimiert. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen ist also auch hier nicht gegeben.

Zweifellos wird die gegenwärtige Art des Ressourcenverbrauchs und der Schadstoffemissionen nicht in dieser Form fortgeführt werden können und auch eine Erhöhung der Weltbevölkerung auf 11 oder 12 Milliarden wird eine Herausforderung darstellen.

Diesen Herausforderungen muss mit einem demokratischen und humanen Vorgehen begegnet werden. Ein Umdenken in Fragen der Verteilung und Wirtschaftsweise hin zu mehr globaler (Umwelt-)Gerechtigkeit wäre dafür ein guter Ansatz. Denn mit autoritären Gedankenspielen zu Geburtenkontrollen und der Warnung vor „Menschenlawinen“ (Gruhl, 1975) öffnet

man die Tür für Rechtsextreme und ihr menschenverachtendes, rassistisches Weltbild. Und die Leidtragenden solcher Ideologien befinden sich immer am unteren Ende der (Welt-)Gesellschaft. Zusätzlich offenbart die Freude über weniger stark sinkende Geburtenraten im globalen Norden und die Sorge vor steigenden Raten im globalen Süden eindeutig rassistische Denkmuster.

Aus der Sicht eines emanzipatorisch-demokratischen Natur- und Umweltschutzes sollte der Mär von der Überbevölkerung also die Erzählung von sozialer Gerechtigkeit durch Umverteilung frei von rassistischen und sexistischen Konzepten entgegengestellt werden.

Yannick Passeick

Der Autor ist Bildungsreferent der Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

3 | Heimat



*„Deine Heimat ist das Meer
Deine Freunde sind die Sterne
Deine Sehnsucht ist die Ferne
Und nur ihnen bist du treu – ein Leben lang“
(Lolita, 1960)*

*„Die Welt, die fremde, lohnt mit Kränkung,
Was sich, umwerbend, ihr gesellt;
Das Haus, die Heimat, die Beschränkung,
Die sind das Glück und sind die Welt.“
(Theodor Fontane, 1895)*

Der Begriff „Heimat“ lässt sich schwer fassen. Er ist kein Begriff, der sich klar definieren lässt. „Heimat“ ist vor allem ein persönliches Gefühl, das in der eigenen Lebensgeschichte einen zentralen Ort beschreibt. Nicht selten geht es bei dem regionalen Bezug auch um landschaftliche Eigenarten der Natur. Der Duden erläutert Heimat als „Land, Landesteil oder Ort, in dem man [geboren und] aufgewachsen ist oder sich durch ständigen Aufenthalt zu Hause fühlt (oft als gefühlsbetonter Ausdruck enger Verbundenheit gegenüber einer bestimmten Gegend)“. So weit, so gut. Viele Menschen verbinden mit dem Begriff Geborgenheit und Vertrautheit, aber auch Sehnsucht.

Die Brockhaus-Enzyklopädie definiert Heimat als Ort, „in den der Mensch hineingeboren wird, wo die frühen Sozialisations-erfahrungen stattfinden, die weithin Identität, Charakter, Mentalität, Einstellungen und auch Weltanschauungen prägen“. Auch die Kulturanthropologie arbeitet an dem Begriff. Für den Sozialwissenschaftler Heiner Treinen muss hiermit nicht notwendigerweise der Ort verbunden sein, in dem die Sozialisierung eines Individuums stattgefunden habe. Der Tübinger Kulturwissenschaftler Helmut Bausinger betont, dass mit dem Begriff „gerade die Unschärfe und Mehrdeutigkeit des Gesagten die Kommunikation aufrechterhält und entlastet“. Heimat sei eine „räumlich-soziale Einheit mittlerer Reichweite, in welcher der Mensch ein Stück Sicherheit und Verlässlichkeit seines Daseins erfährt, ein Ort tiefsten Vertrauens“, und deshalb beschreibt Bausinger sie „als Gegensatz zu Fremdheit und Entfremdung, als Bereich der Aneignung, der aktiven Durchdringung, der Verlässlichkeit“. Für die Kulturanthropologin Ina-Maria Greverus war „Heimat“ ein Identitätsbegriff für eine heile Welt, „in der Dreiheit von Gemeinschaft, Raum und Tradition“. Diese Dreiheit würde „die menschlichen Bedürfnisse nach Identität, Sicherheit und aktiver Lebensgestaltung in einem kulturell gegliederten Territorium befriedigen“.

Mit Menschen über den Begriff „Heimat“ als persönlichen Erinnerungsbegriff zu diskutieren, ist schwierig. Die einen verbinden mit dem Begriff die Enge des Dorfes, ihre Erinnerungen an Elternhaus oder Kindheit, der sie in späteren Jahren entflohen sind, andere verbinden mit „Heimat“ ihre positivsten Kindheits- und Jugenderinnerungen. Dabei spielen tiefe persönliche Erfahrungen aus dem Leben sehr häufig eine positive, aber genauso oft auch eine negative Rolle. Heimat ist deshalb nicht objektiv definierbar, sondern für viele eine zutiefst persönliche Identifikation mit einem sozialen Ort ihrer ganz persönlichen Erfahrungen.

Der Heimatbegriff als gesellschaftliche Definition

Der Begriff „Heimat“ findet sich im alltäglichen Sprachgebrauch wieder: Heimatverein, Heimatfilm, Heimatmuseum, Heimatverbundenheit, Heimatchronik etc. In diesem Gebrauch soll er einen räumlichen Ort beschreiben, dem kollektive Eigenschaften wie Kultur, Tradition oder spezifische Eigenschaften zugewiesen werden. In Heimatmuseen werden naturkundliche, geschichtliche oder soziologische Ereignisse eines mehr oder weniger abgeschlossenen Raumes dargestellt und beschrieben. Würde Heimat als individueller Begriff verwendet, in dem Menschen versuchen, individuelle Gefühle und Lebenslagen von Lebensabschnitten auszudrücken, würde sich eine tiefere Diskussion erübrigen. Aber „Heimat“ wurde in den letzten Jahrhunderten auch ideologisch aufgeladen. Dass in Deutschland ein „Heimatministerium“ gegründet wurde oder es in den USA ein „Heimatschutzministerium“ gibt, zeigt, dass „Heimat“ nicht nur mit individuellen Gefühlen zu tun hat, sondern in manchen Staaten für die politische Aufladung von Forderungen benutzt wird. Ziel solcher „Heimatministerien“ ist es, einengende und meist abgrenzende Definitionen von kulturellen oder religiösen Traditionen für politische Überzeugungen zu nutzen. „Heimat“ wird in diesem gesellschaftspolitischen Kontext als Beziehung

des Menschen zu einem bestimmten gesellschaftlichen oder natürlichen Raum verstanden. Politisch wird mit dem Begriff „Heimat“ versucht, Identität und angeblich vorhandene gesellschaftliche Grundüberzeugungen wie Glaube, Tugenden oder kulturelle Homogenität zu verbinden.

Von der Ortsbestimmung zum politischen Begriff

Während im Mittelalter unter dem Begriff „Heimat“ ein Wohnort, an dem Menschen lebten und Schutz fanden, verstanden wurde, veränderte sich die Begriffsbestimmung in den folgenden Jahrhunderten. Mit dem zunehmenden Nationalismus im 19. Jahrhundert wurde „Heimat“ und „Heimatliebe“ immer weiter politisch aufgeladen. „Heimat“ wurde mit einem staatlichen Gebilde, mit „Nation“ gleichgesetzt und mit einer positiven politischen Bezugnahme der Staatsbürger_innen auf dieses staatliche Gebilde verbunden. Den Bürger_innen dieser staatlichen Räume wurde im gesellschaftlichen Kontext eine unbedingte Liebe und Hingabe zur „Heimat“ durch die kulturellen, bildungspolitischen und gesellschaftlichen Institutionen des Staates vermittelt. Dadurch bildete sich eine identifikationsstiftende gesellschaftliche Grundausrichtung auf diese staatliche Heimat heraus.

Nach der 1848er Revolution mit dem Anspruch der Durchsetzung der „Deutschen Nation“ als Zusammenschluss aller Deutschen erhielt der Begriff „Heimat“ eine kulturalistische und politische Bedeutung. Der Bezug auf die „Heimat“ war in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert vor allem auch mit der beginnenden Industrialisierung und einhergehenden Auswanderung aus den ländlichen Gebieten in die urbanen Räume verbunden. Unmittelbar mit der zunehmenden Verstädterung und der sich entfaltenden Industriegesellschaft nahm die Verelendung und immer weitergehende Entfremdung größerer Teile der städtischen Gesellschaften zu. So entstand in den bürgerlichen Kreisen ein ideologischer Rückgriff auf eine Landromantik als ideologisches Gegenkonstrukt mit einer angeblichen

Verbindung von Menschen, Natur und Boden. Kulturalistischen Ausdruck fand diese ideologische Ausrichtung in der Romantik mit ihrer Natur- und Bodenverherrlichung. Große Teile der damaligen Literatur waren antimodern, antiurban und gegen die „Entfremdung des Menschen“ von angeblichen Werten auf dem Lande gerichtet. „Heimat“ wurde gesellschaftspolitisch aufgeladen und zu einem Begriff der Bewegung gegen Aufklärung, Rationalität und Internationalität.

Infolge des ideologischen Gebrauchs des Heimatbegriffes durch den Faschismus wurde dieser in den 1960er Jahren von Teilen der politischen Linken als politischer Kampfbegriff abgelehnt, da mit ihm die politische Abgrenzung gegen das „Fremde, Städtische und Andere“ und eine Verklärung des gesellschaftlichen Verhältnisses von „Natur und Mensch“ verbunden wurde. Für große Teile der Gesellschaft war eine progressive Definition dieses Begriffes nicht vorstellbar. „Heimat“ wurde als starrer Begriff für die Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse mit einer unabänderlichen Identität und Herkunft verstanden, die sich der einzelne Mensch nicht aussuchen könne und mit der er durch eine angeblich schicksalhafte Verbindung zwischen Boden, Region und einer vorhandenen Kultur verbunden sei.

Der Begriff „Heimat“ wurde als Synonym für Ausgrenzung und Abgrenzung empfunden.

Gleichzeitig existierte mit dem *Bund der Heimatvertriebenen* in Parlamenten der Bundesrepublik bis Ende der 1960er Jahre eine revanchistische Partei, die ein „Recht auf Leben im Westen“ und ein Recht auf „Heimat im Osten“ (Polen, Sowjetunion) proklamierte.

„Umweltschutz ist extrem eng und ganz klar mit Heimatliebe verknüpft. Umweltschutz hat nichts, aber auch gar nichts, mit Multi-Kulti, Einwanderung und Globalisierung zu tun.“

(Martin Sellner, Identitäre Bewegung Österreich)



Heimatbegriff in der globalen Welt

In der heutigen globalisierten Gesellschaft gewinnt der Begriff „Heimat“ für einen Teil der Gesellschaft wieder einen wichtigen Wert. Heimatverbundenheit bedeutet dabei für diesen Teil der Gesellschaft das Festhalten an Gewohntem, an Traditionen und an Homogenität. „Heimat“ erscheint hier als Gegensatz zu einer kosmopolitischen Idee der Verbindung von unterschiedlichen Kulturen und einer interkulturellen Gesellschaft mit sich stetig verändernden Normen und Werten. „Heimat“ wird so zum Gegenbegriff einer interkulturellen Gesellschaft, in der sich traditionelle Werte und Kulturen auflösen, in der die patriarchale Vorherrschaft des Mannes infrage gestellt wird und in welcher die freie Ausrichtung des Lebens der gesellschaftlichen Individuen als Gefahr für die Ausrichtung des eigenen Lebens gefürchtet wird. Einwanderung wird bei einer solchen gesellschaftlichen Überzeugung als Bedrohung der eigenen vermeintlichen Identität gesehen.

Der Begriff des „Heimatschutzes“, der in der Gründungsphase der Ökologie- und Naturschutzbewegung bereits synonym für den Schutz und die Pflege der Natur beziehungsweise der Kulturlandschaft benutzt wurde, hatte eine primär ästhetisch und kulturalistisch ausgerichtete Definition von Landschaftsschutz. In diesem Kontext wurden „Landschaften“ nach Kategorien und Idealen beurteilt und in einen „volkskundlichen“ Zusammenhang gestellt, in dem „Naturdenkmäler“ wie besonders prägnante Hecken, Bäume oder natürliche Orte geschützt werden sollten. „Heimat“ ist auch ein politischer Begriff für ein konservatives bis reaktionäres Festhalten an vermeintlichen „deutschen“ oder „abendländischen“ kulturellen und politischen Werten. „Heimat“ wird mit einer verengten Identität aufgeladen, in der angeblich Fremdes als störend und gefährlich empfunden wird. Mit einer solchen gesellschaftlichen Definition von „Heimat“ wird dieser Begriff von einem individuellen Gefühl zu einem gesellschaftspolitischen Begriff, mit dem politische Entwicklungen beschrieben und gesellschaftliche Handlungen assoziiert werden.

„Heimat“ ist ein schwieriger Begriff, der sich zwischen individuellen Gefühlen und politischer Aufladung durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen bewegt. Solange Menschen damit ihre ganz individuellen Erlebnisse und ihre eigene persönliche Entwicklung beschreiben, ist er eine persönliche Erfahrung, die schwer hinterfragt werden kann. Wird er jedoch politisch und gesellschaftlich aufgeladen, erscheint eine Diskussion über die Verwendung dieses Begriffs mehr als notwendig.

Uwe Hiks

Der Autor ist Mitglied des Bundesvorstands der NaturFreunde Deutschlands und des Fachbeirats der Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

4 | Naturgesetz

Ein Leben im Einklang mit der Natur ist eine immer wiederkehrende Forderung in der Ökologiebewegung. Dieser Tage hört man sie wieder besonders oft.

Der Klimawandel, die Ressourcenübernutzung und der Verlust von Biodiversität lassen zurecht Zweifel aufkommen am Menschen und seinem Wirken in der Welt. Die Frage, wie eine ökologische Katastrophe abgewendet werden kann, scheint drängender als je zuvor. Der Wunsch nach möglichst einfachen Antworten ist groß. Die Idee, sich Gesetzmäßigkeiten zu unterwerfen, die nicht erst erfunden werden müssen, die unveränderbar sind und die für alle Lebewesen gleichermaßen gelten, scheint verlockend. Hier kommt die Vorstellung von allgemeingültigen Naturgesetzen ins Spiel.



Dieser Vorstellung zu Folge ist der Mensch auch nur ein Tier (unter vielen Tieren) und muss sich deshalb den biologischen und physikalischen Gegebenheiten ebenso unterwerfen wie alle anderen Tiere auch. Unterwirft er sich nicht, droht ihm die Auslöschung.

Beispiele für derartige Gedankenmodelle sind etwa die „Gaia-Hypothese“ von James Lovelock oder das Konzept der „Öko-Apartheid“ von Vandana Shiva. Der Erfolg des Ökothrillers „Der Schwarm“ von Frank Schätzing oder auch das vielfach gelobte Sachbuch „Das letzte Kind im Wald“ von Richard Louv geben zudem einen Hinweis darauf, dass die Forderung nach einem Leben im Einklang mit der Natur längst auch mainstreamfähig ist.

Natur gegen Mensch

„Der Mensch ist Teil der Natur und darf folglich nicht mehr beanspruchen als ihm zusteht. Er ist nicht die Spitze der Schöpfung. Er ist nicht der Gebieter über die Natur und über die göttlichen Möglichkeiten. Der Mensch muss sich einfügen in ein natürliches Geflecht.“

(Philip Stein, Netzwerk „Ein-Prozent“)

Auch unter Rechtsextremen erfreut sich dieses Gedankenmodell großer Beliebtheit.

Warum das so ist, ist leicht nachzuvollziehen: Geht man davon aus, dass es allgemeingültige „Naturgesetze“ gibt, von deren Befolgung nicht nur die eigene Existenz, sondern auch das Fortbestehen der „eigenen Art“ abhängig ist, dann ist es nur logisch, diese Gesetzmäßigkeiten auch auf menschliche Gesellschaften, also auch auf menschliches Sozialverhalten anzuwenden.

Die Übertragung von Gesetzen aus dem Tier- und Pflanzenreich auf den Menschen bezeichnet man als Biologismus.

Der Biologismus wiederum steht im Mittelpunkt aller rechts-extremen Ideologien. Sie gehen davon aus, dass der Mensch ausschließlich über seinen Platz im feststehenden Ökosystem definiert ist. Auch Gesellschaften werden demzufolge als natürlich (im Sinne von biologisch) gewachsen verstanden. Die „(Volks-)Kultur“ wird analog zum Tierreich als „Art“ oder auch als „Rasse“ bezeichnet. Diese gilt es zu erhalten.

Unter Zuhilfenahme von vermeintlich „natürlichen“ Gesetzmäßigkeiten, wie zum Beispiel dem „Kampf ums Dasein“, dem „Überleben des Stärkeren“, aber auch sämtlichen Triebtheorien werden Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt legitimiert.

Denn Hierarchien und Eliten, Ausgebeutete und Unterdrückte sind innerhalb dieser Weltanschauung nur Ausdruck der Natur. Alles gilt schließlich nur dem Erhalt der „eigenen Art“. Sämtliche emanzipatorischen Bewegungen hingegen sind unnatürlich.



Sie gefährden die „eigene Art“. Die Forderungen von Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuellen, Menschen mit Beeinträchtigungen und vielen anderen nach gesellschaftlicher Gleichstellung sind innerhalb dieses Gedankenmodells ein Anzeichen für eine von Degeneration bedrohte Gesellschaft und deshalb abzulehnen.

Im Rahmen dieser menschenverachtenden Weltanschauung ist es dann auch konsequent, gegen „Multi-Kulti“ und die „Homo-Propaganda“ zu demonstrieren (Partei Der III. Weg), Banner mit der Aufschrift „Sichere Grenzen – Sichere Zukunft“ zu hissen (Identitäre Bewegung), sich gegen „Gendermainstreaming“ auszusprechen und zu beklagen, dass „die Geburtenrate unter Migrantinnen deutlich höher liegt als bei deutschstämmigen Frauen“ (AfD) und zu propagieren, dass Förderung und Unterstützung zuallererst den Starken und Gesunden zukommen sollte (NPD).

Naturgesetz und völkische Traditionen

All das ist nicht neu. Die Forderung nach der Rückkehr des Menschen in die „natürliche Ordnung“ und die Verknüpfung dieser Forderung mit völkischen und rassistischen Ideologien finden sich bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert.

Damals schrieb etwa der Naturwissenschaftler und Naturphilosoph Ernst Haeckel:

„Und doch ist die Todesstrafe für unverbesserliche Taugenichtse nicht nur gerecht, sondern auch eine Wohltat für den besseren Teil der Menschheit; dieselbe Wohltat, welche für das Gedeihen eines wohl kultivierten Gartens die Ausrottung des wuchernden Unkrautes hat.“

Ernst Haeckel gilt heute nicht nur als Begründer der ökologischen Wissenschaft im deutschsprachigen Raum, sondern auch als Wegbereiter für Rassenhygiene und Eugenik im „Dritten Reich“.

Und auch der Gründer der ersten Naturschutzbewegung Ernst Rudorff glaubte an eine verlorengegangene organische Verbundenheit von Mensch und Natur. Die Rückführung des Individuums zur Natur war das erklärte Ziel seines Engagements. Er warnte vor den zersetzenden Kräften der Großstadt, der Zerstörung der Landschaft, der Entwurzelung des Menschen und vor dem „jüdischen Geist“. Hinter all dem stand der Glaube an ein organisch gewachsenes „Volk“.

Vom Naturgesetz zur Naturverbundenheit

Was bedeutet das nun für Natur- und Umweltschützer_innen? Ist das Leben im Einklang mit der Natur etwa kein erstrebenswertes Ziel?

Richtig ist mit Sicherheit, dass angesichts der wahrhaft großen ökologischen Krisen ein Umdenken notwendig ist. Ein „weiter wie bisher“ ist nicht denkbar. Jedenfalls dann nicht, wenn man ein gutes Leben für alle möchte und auch den nachfolgenden Generationen einen Planeten hinterlassen will, der es ihnen ermöglicht, in Frieden und Freiheit zu leben.

Die Lösung kann genau deshalb auch unmöglich ein menschenverachtendes „back to nature“ sein. Diese Strategie schafft nur eine gefährliche Nähe zu extrem rechten Positionen und Ideologien.

Was also dann? Ein guter Anfang könnte ein Wechsel der Perspektive sein.



Nimmt man die Frage nach dem Leben im Einklang mit der Natur ernst, müsste man sich zunächst mit dem Naturbegriff auseinandersetzen. Man müsste die Einsicht zulassen, dass es keine rein objektive Betrachtung der gesamten Natur oder auch nur von einzelnen Vorgängen in der Natur geben kann. Jede Beobachtung ist immer auch ein Akt der Interpretation vor dem Hintergrund der Sozialisation, der gerade vorherrschenden Weltanschauung und der gesellschaftspolitischen Entwicklungen.

Außerdem: Ja, der Mensch ist auch ein biologisches Wesen. Er hat Hunger und Durst, er friert und muss schlafen, er ist aus der Evolution hervorgegangen, aber er ist auch ein soziales, ein kulturelles Wesen. Er ist in der Lage, sich selbst und sein Handeln

„Der Mensch ist Teil der Natur und darf folglich nicht mehr beanspruchen als ihm zusteht. Er ist nicht die Spitze der Schöpfung. Er ist nicht der Gebieter über die Natur und über die göttlichen Möglichkeiten. Der Mensch muss sich einfügen in ein natürliches Geflecht.“

(Philip Stein, Netzwerk „Ein-Prozent“)

zu reflektieren. Er kann Nahrung herstellen, Krankheiten heilen, technische Geräte entwickeln und Energie produzieren. Der Mensch hat neben der biologischen auch eine kulturelle Evolution durchlaufen. Die Reduktion des Menschen auf seine biologischen Anteile kommt deshalb auch einer Leugnung der menschlichen Existenz gleich.

Dieser Perspektivwechsel könnte zu der Erkenntnis führen, dass es keine Verschmelzung des Menschen mit der Natur geben kann (vielleicht auch nie gab), wohl aber eine Beziehung und ein Gefühl der Verbundenheit. Die Umweltethikerin Uta Eser schreibt hierzu:

„Naturverbundenheit ist eine Option, die man wählen kann, aber nicht muss. Wenn man sie wählt, ist dies ein Akt der Humanität, nicht eine Unterwerfung unter vermeintliche Gesetze der Natur.“

(Uta Eser, 2016)

Auch das Naturverständnis der NaturFreunde Deutschlands kann weiterhelfen. So heißt es in der Resolution „Schutz der natürlichen und sozialen Mitwelt“ von 2017:

„Die NaturFreunde Deutschlands wollen die soziale und die natürliche Mitwelt schützen. Wir wollen die Ausbeutung des Menschen ebenso überwinden wie die Ausbeutung der Natur. Beides sehen wir in einem engen Zusammenhang. (...) Von daher ist der Schutz der Natur eine Frage menschlicher Verantwortung und Solidarität. Natürlich geht es auch darum, die Natur um ihrer selbst willen zu schützen, um die natürlichen Kreisläufe

zu sichern und ihre Schönheit und Vielfalt zu bewahren. Aber das ist für uns immer auch eine soziale Verantwortung. In diesem Sinne sehen wir Naturschutz auch in einem Zusammenhang mit der Zivilisationsentwicklung.“

Um die Probleme unserer Zeit zu lösen, braucht es, folgt man diesen Überlegungen, also nicht weniger, sondern mehr Freiheit und Humanität. Wir müssen es nur wagen.

Lukas Nicolaisen

Der Autor ist Leiter der Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

5 | Das Fremde und das Eigene

Neobiota: Instrumentalisierung und Verantwortung

Kaum eine Debatte im Naturschutz bietet so viele Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Ideologien wie die um das Vorhandensein von und den Umgang mit Neobiota in Deutschland. Und nirgendwo sonst ist es so schwierig für engagierte Naturschützer_innen, Distanz zu eben diesen rechtsextremen Ideologien herzustellen. Das liegt vor allem an der Vielschichtigkeit der Thematik. Im Folgenden wird auf zwei Dimensionen eingegangen – die sprachliche und die philosophische. Die sprachliche Problematik rund um Neobiota kann leicht im Sinne eines menschenrechtsbejahenden und demokratiefördernden Naturschutzgedankens gelöst werden, während die damit zusammenhängende Frage nach einem zeitgemäßen Naturschutz sicherlich einer umfangreichen Auseinandersetzung in Fachkreisen bedarf.

Grundsätzlich geht es bei der wissenschaftlichen Debatte um die Frage, ob Pflanzen, Tiere und Pilze, die ihren Weg aus anderen Teilen der Welt nach Deutschland gefunden haben, den „deutschen“ Biotopen Schaden zufügen, sie gar zerstören oder nicht. Je nach Standpunkt geht es im Weiteren dann um Prävention, Kontrolle oder Beseitigung dieser Lebewesen.

Erwähnt sei hier, dass es abseits der wissenschaftlichen Debatte häufig bereits bei der Darstellung dieser Informationen zu Fehlern kommt. Etwa dann, wenn nicht von Biotopen, sondern von „Natur“ gesprochen wird und hiermit eine Unberührtheit suggeriert wird, die es so in Deutschland und Europa (fast) nicht mehr gibt. Oder wenn Landschaften, Biotope und Lebewesen als „deutsch“ wahrgenommen und charakterisiert werden. Zudem wird häufig nicht klar differenziert zwischen Neobiota, Archäobiota und sogenannten „invasiven Arten“.

Die Eiszeit, Christoph Kolumbus und die Globalisierung

Der Biologe Reinhard Piechocki definiert Neobiota als „Arten, die sich – ohne oder mit menschlicher Einflussnahme – in einem Gebiet etabliert haben, in dem sie zuvor nicht heimisch waren“. Mit „zuvor“ ist hier das Jahr 1492 (also das Jahr der Landung von Christoph Kolumbus auf den Antillen) gemeint. Alle Arten, die sich vor 1492 in einem Gebiet etabliert haben, werden als Archäobiota verstanden. Beide, sowohl Neobiota als auch Archäobiota, werden im Naturschutz als „gebietsfremd“ bezeichnet.

Einheimisch sind für den deutschen Naturschutz hingegen nur solche Arten, die ohne anthropogenen Einfluss in einem bestimmten Gebiet vorkommen. Als Zeithorizont dient hier die letzte Eiszeit.



Als „invasive Arten“ versteht der angewandte Naturschutz Neobiota, die in Konkurrenz um Lebensraum und Ressourcen „einheimische“ Pflanzen verdrängen. In der Wissenschaft wird unter „Invasion“ hingegen der gesamte Prozess der Besiedlung eines neuen Gebietes durch „gebietsfremde“ Organismen verstanden, egal ob unerwünschte Auswirkungen vorhanden sind oder nicht.

Die wahrgenommene Zunahme an Neobiota mit „invasivem Charakter“ in Deutschland wird häufig in Verbindung gebracht mit dem anthropogen verursachten Klimawandel und der Globalisierung. Handel, Transport, Verkehr und die veränderten Temperaturen werden verantwortlich gemacht für das Auftreten von Neobiota.

Die Maßnahmen gegen Neobiota lauten: verhindern, kontrollieren und beseitigen. Den rechtlichen Rahmen dazu bieten die Biodiversitätskonvention von 1992, das Bundesnaturschutzgesetz von 2004 und die EU-Verordnung Nr. 1143/2014 aus dem Jahr 2014. Einigkeit besteht hier darin, dass überhaupt gegen „gebietsfremde Arten“, die den „einheimischen Arten“ „gefährlich“ werden, vorzugehen ist.

Vom Neobiota zum „Fremdling“

Ein häufig herangezogenes Beispiel für eine invasive Art in Deutschland ist die Herkulesstaude. Da sie bei Menschen zu schweren Hautausschlägen führen kann, wird sie vielerorts rigoros bekämpft. Auch der Rote Sumpfflusskreb hat in den letzten Jahren immer wieder mediale Aufmerksamkeit erfahren. So schrieb der *Tagesspiegel* anlässlich seines Auftretens im Berliner Tiergarten: „Dem Senat bereiten die Fremdlinge Kopfzerbrechen“ und der *Fokus* legte nach mit „Plage in Berlin – Roter Flusskreb erobert die Hauptstadt“.

Fremdlinge, Plage, Eroberung: Nicht nur die Tagespresse nutzt diese Bilder, wenn es um Neobiota geht, auch die populärwissenschaftliche Literatur bedient sich einer Sprache, die Zweifel daran aufkommen lässt, dass es sich hierbei um ein Thema aus dem Spektrum „Naturschutz“ handelt. So heißt es etwa auf dem Klappentext von „Unheimliche Eroberer: Invasive Pflanzen und Tiere in Europa“: „Unbemerkt wandern Tier- und Pflanzenarten von anderen Kontinenten bei uns ein. (...) Sie bedrängen, ja verdrängen die einheimische Flora und Fauna (...), sie bringen Menschen und Tieren Krankheiten, auf die wir Europäer nicht vorbereitet sind.“

Die Botschaft ist klar: Die Verdrängung von „einheimischen“ durch „gebietsfremde“ Arten ist nicht nur unerwünscht, sondern vielmehr eine Bedrohung. Eine Begründung für diese Aussage wird oftmals nicht gegeben – die Markierung als „fremd“ ist hier offenbar schon Begründung genug. Es wird einfach angenommen, dass den Leser_innen dieses Zusammenspiel unmittelbar plausibel erscheint.

Letztlich erfahren wir hier mehr über die Autor_innen, die Leserschaft und über den gesamtgesellschaftlichen Zustand, in dessen Kontext solche Überschriften und Texte verfasst werden, als über das Zusammenspiel von Naturschutz und Neobiota. Wir erfahren, dass nicht-europäisch sein als Bedrohung (Eroberung) erlebt wird. Der Schritt von hier zu neu-rechten Verschwörungstheorien wie etwa der „Umvolkung“ ist nicht mehr weit. Die Übertragung von vermeintlich naturwissenschaftlichen Fakten auf menschliche Gesellschaften werden von extrem Rechten gezielt eingesetzt.

Konservativer vs. progressiver Naturschutz

Es gibt unterschiedliche Bewertungen im Hinblick auf die Sinnhaftigkeit der beschriebenen Unterscheidungen und daraus abzuleitender Maßnahmen. Der konservative Naturschutz geht von einem holistischen, ganzheitlichen Verständnis der Natur aus. Innerhalb dieses Verständnisses hat jedes Individuum seinen organisch gewachsenen Platz, den es einzig und allein einnehmen muss, um das große Ganze zu erhalten. Der Wert des Systems ist dem Wert des Individuums übergeordnet. Aus dieser Sicht werden vor allem Fragen nach dem Schaden von Veränderungen an Ökosystemen aufgeworfen. Natur und Landschaft entsprechen eher einem Museum, in welchem die Exponate besonderen Schutzes bedürfen. Hinzu kommt ein ästhetisches Verständnis von Landschaft: Die Vorstellung, welche Arten in welchem Ausmaß in bestimmten Regionen vorzukommen haben, ist von einer ästhetischen Bewertung bestimmt.

Dem setzt der progressive Naturschutz eine Kritik an der Bewahrung einer scheinbar ursprünglichen Landschaft entgegen. Ästhetische Motive eignen sich nicht für eine objektive Beurteilung von Veränderungen am Landschaftsbild. Die jetzigen „Kulturlandschaften“ sind, wie das Wort ja bereits sagt, durch kulturelle Prozesse, also durch den Menschen, geschaffen worden. Der Verweis auf durch den Menschen eingeschleppte „invasive Arten“ läuft deshalb unter Anhängern des progressiven Naturschutzes ins Leere. Das „Einschleppen“ von Arten sei kein größerer oder kleinerer „Eingriff“ in die Natur, als es das Formen von „Kulturlandschaften“ bereits gewesen ist.

Natur und Landschaft werden als dynamische Systeme und nicht als Denkmäler verstanden. Ebenso weisen progressive Naturschützer_innen darauf hin, dass es sich bei nationalstaatlichen Grenzen um menschliche Konstrukte handelt, die für Tiere und Pflanzen keine Bedeutung haben.

Von den „bodenständigen“ Pflanzen zu den invasiven Arten

Bereits im 1904 gegründeten *Bund Heimatschutz* findet sich die Vorstellung vom „Eigenen“ und vom „Fremden“. In § 1 der Satzung des *Bund Heimatschutz* hieß es unmissverständlich: „Der Zweck des Bundes ist, die deutsche Heimat in ihrer natürlichen und geschichtlich gewordenen Eigenart vor Verunglimpfung zu schützen.“ Verunglimpft wurde nach Auffassung des *Bund Heimatschutz* die „deutsche Heimat“ durch die Industrialisierung, durch das Wachsen der Großstädte, durch Errungenschaften der Aufklärung (Selbstbestimmung, Emanzipation und Gleichheit der Menschen), durch die Entwurzelung der Menschen in den Großstädten, durch Geld und Handel und durch den „jüdischen Geist“. Der damalige Vorsitzende des *Bund Heimatschutz* führte in diesem Zusammenhang weiter aus: „Der Grund für flauere Physiognomie unserer allgemeinen Umwelt ist die übermäßige Vermehrung der Unschöpferischen, der Gestalt- und Farblosen, der Halb- und Viertelmenschen, der Schönheitsarmen und deshalb auch Schönheitshungrigen, die unserer Zeit ihren Stempel aufdrücken.“



„Wie beim Kampf gegen den Bolschewismus unsere gesamte abendländische Kultur auf den Spielen steht, so beim Kampf gegen den mongolischen Eindringling eine wesentliche Grundlage dieser Kultur, nämlich Schönheit unseres heimischen Waldes!“

(Reinhold Tüxen über das Kleine Springkraut, 1942)

Später findet sich die Unterscheidung zwischen „heimischen“ und „gebietsfremden“ Arten und eine damit verbundene Wertung auch bei den Nationalsozialisten. Hier sprach man von „bodenständigen“ Arten. Ihnen wollte man deshalb den Vorzug geben, weil man, im Sinne der „Blut-und-Boden“-Ideologie, davon ausging, dass der „deutsche Mensch“ nur aus „deutschen Landschaften“ hervorgehen und erhalten werden könne. Unter dieser Prämisse arbeiteten die nationalsozialistischen „Landschaftsanwälte“ beispielsweise an der Begrünung der deutschen Autobahn und der Grüntarnung des Westwalls.

Und auch im rassenideologischen Vernichtungskrieg im Osten spielte die Vorstellung von „deutschen Landschaften“ und „bodenständigen“ Pflanzen eine Rolle: Als Heinrich Himmler 1940 von Adolf Hitler mit der Aufgabe betraut wurde, „deutsche Volkstruppen“ in den „eingegliederten“ Ostgebieten anzusiedeln, bedeutete das schlussendlich die Vertreibung und den Massenmord an Millionen von Menschen zu organisieren, um dann neue Siedlungsgebiete zu strukturieren und diese auch landschaftlich zu „deutschen Gebieten“ zu machen. Schließlich sollte hier neuer „Lebensraum“ für das „deutsche Volk“ entstehen. Wissenschaftlich wurde die „Blut-und-Boden“-Ideologie durch die Arbeiten des Pflanzensoziologen Reinhold Tüxen und sein Konzept der „potentiell natürlichen Vegetation“ scheinbar belegt.

Fazit

Bei der Debatte um Neobiota hätten Naturschützer_innen zunächst den Auftrag, sich einer Sprache zu bedienen, die frei von Begrifflichkeiten aus der Migrationspolitik ist und die zudem keine völkischen und rassistischen Kontinuitäten aufweist. Der Verweis darauf, dass Wörter wie „invasiv“ und „heimisch“ auch schon vor der migrationspolitischen Krise im Naturschutz Anwendung gefunden haben, greift im Hinblick auf die dargestellten historischen Kontinuitäten und unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Lage zu kurz.

Zudem wäre eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursprüngen und Kontinuitäten von Konzepten (wie etwa dem der „potentiell natürlichen Vegetation“) und der Ideengeschichte des Landschaftsbegriffes notwendig. Denn erst, wenn sichergestellt werden kann, dass es bei der Debatte um Neobiota nicht um den Erhalt von „Heimat“ und auch nicht um Kulturpessimismus geht, kann in dieser Frage wirklich „naturfreundlich“ agiert werden.

Lukas Nicolaisen & Yannick Passeick

Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

6 | Mythos deutscher Wald

Wer sich dieser Tage mit neu-rechten-Strömungen in Deutschland und Europa auseinandersetzt, kommt nicht umhin, sich auch mit der *Identitären Bewegung (IB)* zu beschäftigen. Die *IB* ist eine rechtsextreme Jugendbewegung. Ihre Ziele: sichere Grenzen, „Remigration“ und die Reinheit der Kulturen. Ihr Auftreten ist hip. Ihre Aktionen sind stets öffentlichkeitswirksam. Sie sind Profis in Sachen Social Media.

Eine ihrer Aktivistinnen nennt sich Alina von Rauheneck. Sucht man sie im Netz, findet man Fotokunst – überwiegend Selbstportraits. Gerne inszeniert sie sich in der Natur. Noch lieber im Wald. Sie umarmt Bäume oder schmiegt sich in deren Geäst. Ihre Kleidung ist fließend, ihr Haar offen, ihre Haut ist dank Photoshop von schneewittchenhafter Blässe. Oft ist sie barfuß. Die Fotos heißen „Tochter des Waldes“, „Waldeinsamkeit“ oder auch „Zeitalter der Weltverlorenheit“.

Warum benutzt sie diese mit Männerfantasien spielenden Bilder? Ist Alina einfach nur rechtsextrem und naturverbunden? Oder gehört das zusammen?

Ernst Jünger und die Identitäre Bewegung

Für viele naturverbundene Menschen sind Wälder beliebte Freizeit- und Rückzugsorte. In der Ruhe und Abgeschlossenheit kann man dem Straßenlärm entfliehen und vermeintlich unberührte Natur erleben. Diese positiven Eigenschaften werden seit der Romantik genutzt, um den „Deutschen Wald“ als Projektionsfläche für gesellschaftliche Phänomene und historische Verknüpfungen zu verwenden oder zu missbrauchen.

Auch in jüngster Zeit erfreut sich Waldsymbolik in Kreisen der extremen Rechten großer Beliebtheit. Die schon erwähnte *IB* hat einen Essay von Ernst Jünger wiederentdeckt und empfiehlt ihn der eigenen Klientel: „Der Waldgang“ von 1951. Jünger entwickelt die Figur des Waldgängers, der sich in den Widerstand zu Modernität, Zivilisation, Technik und wirtschaftlichen Eliten

begibt. Dabei ist er offenkundig von den Partisanen des Zweiten Weltkriegs beeindruckt, die ebenso wie der „Waldgänger“ bereit sind, Widerstand zu leisten, obwohl ihr Kampf doch nahezu aussichtslos ist. Jünger benutzt den Wald als Metapher: Er ist für ihn „der Ort der Freiheit“, also ein gedanklicher Widerstand gegen die Fremdbestimmung.

Diese Figur übernimmt die *IB* in ihre politische Ästhetik und bespielt ihre Social-Media-Kanäle mit verschiedenen Waldmotiven. Die Ursprünge und Bedeutungen solcher Ideen liegen allerdings viel weiter zurück.

Waldsymbolik seit der Romantik

Gerade im frühen 19. Jahrhundert wurde in Kunst und Literatur ein Mythos um den deutschen Wald erschaffen. Eine große Rolle spielte dabei die Wiederentdeckung der Schriften des römischen Historikers Tacitus, der ungefähr um 100 nach Christus in seinem Werk „Germania“ eine Beschreibung der Menschen und der Natur auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands ange-



fertigt hat. Die Charakterisierung der germanischen Stämme als wild, unzivilisiert und widerstandsfähig eignete sich hervorragend als Ursprungserzählung des deutschen Volkes. Die Beherrschung der aus römischer Sicht ungemütlichen Landschaft, die zu großen Teilen aus dichten Wäldern bestand, wurde als positive Zuschreibung von Stärke und Überlegenheit gegenüber den im sonnigen Süden siedelnden Völkern interpretiert. Hinzu kam die Überlieferung der Varusschlacht, bei der Arminius römische Truppen im Teutoburger Wald vernichtend geschlagen hat und damit die Ausbreitung des Römischen Reiches auf die Gebiete östlich des Rheins verhindert haben soll. Zu Arminius Ehren wurde 1875 in Detmold ein Denkmal errichtet. Dieses wird auch heute häufig von Pilgernden mit rechter Gesinnung aufgesucht, die den völkischen Mythos der Befreiung von der Fremdherrschaft aufleben lassen.

Die Sehnsucht der Romantiker nach einer besseren Zeit vor der Industrialisierung und Verstädterung ging einher mit dem Schutz der Wälder – auch um dieses letzte „heidnische Erbe“ der Vorfahren zu erhalten. Der Publizist Ernst Moritz Arndt dachte den Schutz des Waldes mit dem Erhalt des Volkes zusammen:

*„Denn jetzt wird in vielen Ländern Europas die Axt,
die an den Baum gelegt wird, häufig zu einer Axt,
die an das ganze Volk gelegt wird.“*

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde in diesem Sinne von Ernst Rudorff der Bund Heimatschutz gegründet. In ihm wurde zusätzlich zur schützenden Natur vor allem vor schädlichen, nichtdeutschen Einflüssen auf den für das Nationalgefühl so wichtigen Wald gewarnt. In diesem Denken wurden unter anderem die Grundlagen für den Antisemitismus des Nationalsozialismus gelegt. Der Wald wurde zur Projektionsfläche für modernitätskritische, nationalistische, rassistische und biologische Ideologien.

Die vermeintlich natürliche Überlegenheit des germanischen „Waldvolkes“ gegenüber dem jüdischen „Nomaden- und Wüstenvolk“ ließ sich problemlos in die „Blut-und-Boden“-Ideologie einbetten. Aus dieser Sicht besteht nämlich eine Verbindung zwischen Volk und Raum, das heißt Menschen sind durch ihre Abstammung an einen bestimmten Ort gebunden und – wie der Wald – in ihm verwurzelt.

Aufforstung als Grundlage für „arisches Leben“

Im Nationalsozialismus zeigte sich Hermann Göring als Reichsforstmeister persönlich für den Schutz des Waldes und der Natur verantwortlich. Göring beschwor in seinen Reden eine ewige Schicksalsgemeinschaft von Volk und Wald. Hier taucht auch wieder der Gedanke von Arndt auf: Ohne den Wald könne das deutsche Volk nicht überleben. Im Zuge des „Generalplans Ost“, der „Lebensraumerweiterung“ durch Vernichtungskriege im Osten, sorgte man sich folglich um die weiten Steppenlandschaften, in denen das deutsche Volk nicht leben könne und plante deshalb eine Aufforstung. So sollten die Grundlagen für „arisches Leben“ geschaffen werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1947 die *Schutzgemeinschaft Deutscher Wald* gegründet. Dennoch nahm die Verbindung von Wald und Volk, sieht man von Heimatfilmen- und -literatur ab, zunächst keine dominante Position im öffentlichen Diskurs ein, bis mit dem „Waldsterben“ der 1980er Jahre

wieder die tiefe Verwurzelung der romantisierten Bilder aus Märchen und Gedichten ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelang. Eine derart verbreitete identitätsstiftende Wirkung wie im 19. Jahrhundert konnte und kann aber heute nicht festgestellt werden. Seit der zunehmenden Präsenz neuer rechter Gruppierungen wie der *IB* und der Wiederentdeckung von Martin Heideggers Philosophie wird der Wald aber wieder verstärkt mythisch aufgeladen. Kategorien wie „Volk“ und „Raum“ werden diskutiert und damit menschenverachtende Konzepte wie der „Ethnopluralismus“ legitimiert.

Vernetzung statt Verwurzelung

Zurück zur jungen Frau im Wald. Auch ihre Waldbilder sind Selbstbilder und umgekehrt. Auch sie verweist mit Bild und Wort auf die Notwendigkeit einer Verwurzelung des Menschen beziehungsweise des Volkes mit dem Raum. Die junge Aktivistin sucht nach Identität. Sie tut es öffentlich. Formschön. Ästhetisch. Kraftvoll. Und sie gibt Antworten, die dem Forderungskatalog der *IB* entsprechen: Heimatliebe, Patriotismus, Kampf dem Fremden. Ihre Bilder sind kein Zufall. Sie sind logisch und voller Kalkül. Denn Naturverbundenheit ruft in der Mehrheitsgesellschaft Sympathien hervor. Das ist gefährlich, denn die rechtsextreme Gesinnung wird nicht für jeden sofort deutlich.

Eine identitätsstiftende Wirkung hat der Mythos „deutscher Wald“ nach wie vor in extrem rechten und esoterischen Kreisen. Nun deutet die Beforstung eigener Flächen mit „urdeutschen“ Eichen oder die ausschließliche Verwendung von Eichenholz in der Verarbeitung natürlich nicht auf rechte Gesinnung hin. Dennoch lohnt es sich bei Liebesbekundungen für den deutschen Wald, die Robustheit „typisch deutscher“ Bäume und der Verehrung heidnischer Gottheiten genauer hinzuhören. Vorstellungen von der Verwurzelung der Identität in einer bestimmten Umgebung können schnell zu Ablehnung und Ausgrenzung anderer führen, was nicht im Sinne einer demokratischen Gesellschaft ist.

Für einen Gegenentwurf bedarf es einer emanzipatorischen und humanistischen Bildungsarbeit im Natur- und Umweltschutz. Es müssen tragfähige Präventionskonzepte entwickelt und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Das erfordert auch eine verstärkte Netzwerkarbeit von Akteur_innen des Umweltschutzes, der Jugendbildungsarbeit und der Rechtsextremismusprävention. Wenn Wälder als Projektionsflächen dienen, dann müssen diese mit menschenbejahenden und demokratiefördernden Motiven besetzt werden.

Lukas Nicolaisen & Yannick Passeick

Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)



Nachwort

Naturschutz ist nicht per se demokratiefördernd, Umweltschutz nicht automatisch menschenrechtsbejahend – das haben die vorliegenden Artikel nur allzu deutlich gemacht.

Aber, und das ist aus der Perspektive von FARN die wesentliche Botschaft, das Engagement für Natur- und Umweltschutz ist ebenso wenig aus sich selbst heraus extrem rechts, völkisch oder rassistisch.

Diese Ideologien und Gedankenmodelle werden von Menschen hinzugefügt – sind menschengemacht. Manchmal aus purer Strategie, zur Eroberung der bürgerlichen Mitte, nicht selten aber auch aus der tatsächlichen Überzeugung heraus, dass Natur, Heimat und Volk zusammengehören und nur als Ganzes geschützt und erhalten werden können.

Die Beweggründe extrem rechter Naturschützer sind vielfältig. Eines sind sie aber immer: Sie sind politisch.

Aber wo bleibt das politische Engagement der liberalen, der weltoffenen, der freiheitsliebenden, der fortschrittsbefürwortenden Natur- und Umweltschützer_innen?

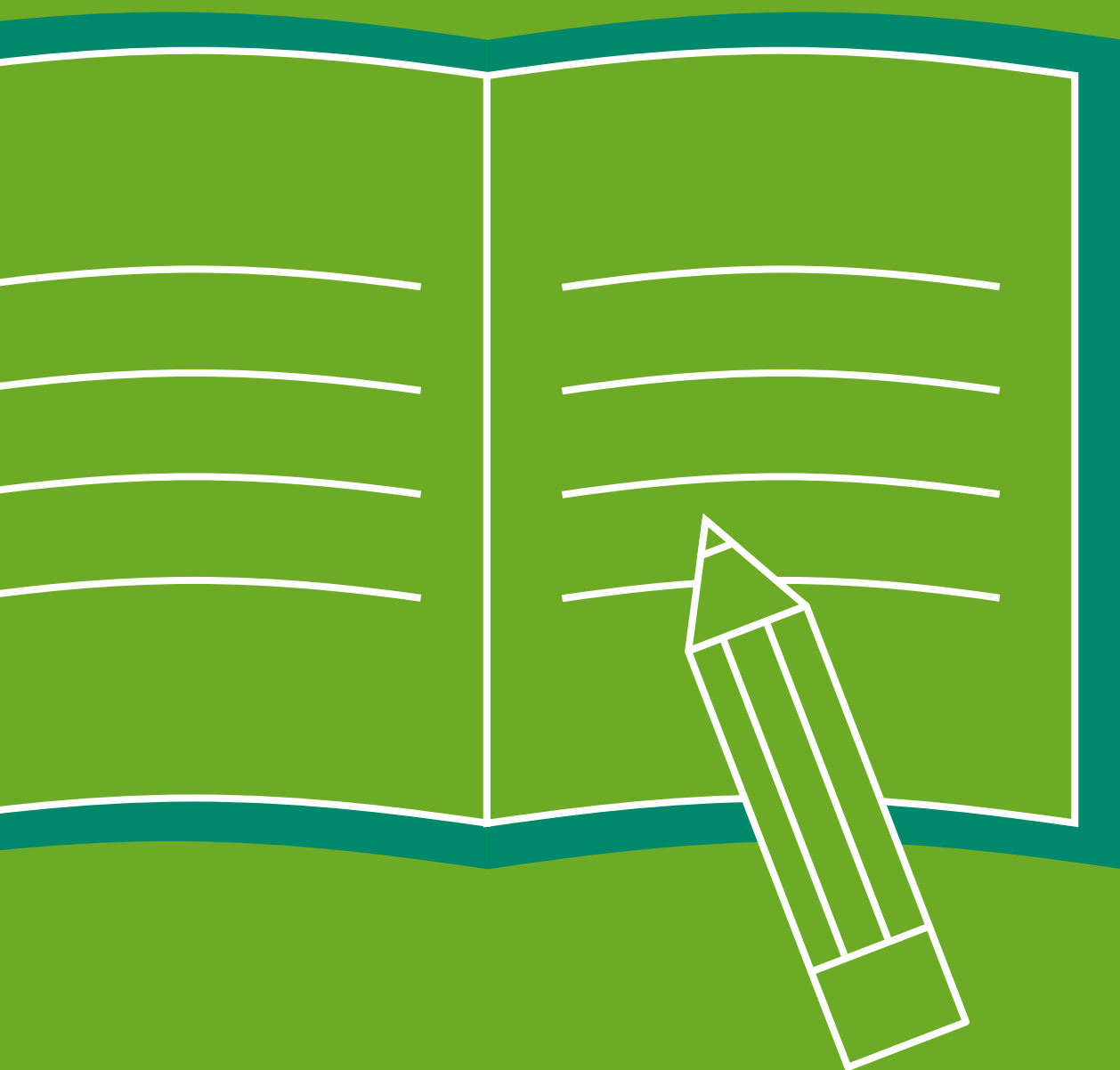
Natur- und Umweltschutz sind politisch. Nicht erst neuerdings. Sie waren es schon immer und werden es auch bleiben.

Dieser Tatsache müssen wir, deren Engagement dem Natur- und Umweltschutz gilt, die aber gleichzeitig auch Demokratie und Menschenrechte achten, ins Auge sehen und unsere Schlüsse daraus ziehen: Wir müssen Position beziehen. Wir müssen politisch agieren. Neutralität ist angesichts des zu beobachtenden europäischen Rechtsrucks keine Option.

Es wird Zeit für einen fortschrittlichen Natur- und Umweltschutz.

Gerechtigkeit wird nur möglich sein, wenn soziale und ökologische Fragen zusammen gedacht werden. Wir müssen die soziale und die natürliche Mitwelt gleichermaßen schützen. Die Ausbeutung des Menschen muss ebenso überwunden werden wie die Ausbeutung der Natur. Beides steht im engen Zusammenhang und kann nicht unabhängig voneinander gedacht werden. Denn die Zerstörung der Natur ist in letzter Konsequenz auch ein Angriff auf die Menschheit selbst, insbesondere auf Menschen im globalen Süden und auf zukünftige Generationen.

Lukas Nicolaisen



Glossar

Biologismus: die Übertragung von Erkenntnissen aus dem Tier- und Pflanzenreich auf menschliche Gesellschaften. Oftmals verbunden mit rassistischen Erklärungsmustern.

„Blut und Boden“-Ideologie: zentrale Grundlage der NS-Politik zur Umstrukturierung des Reiches in einen völkischen Bauernstaat. Vorstellung der natürlichen Verbindung von Volk und Raum durch Blut und Boden.

Bund Artam, Artamanen: völkischer Siedlungsbund, dessen Mitglieder in den 1920er Jahren autarke Landwirtschaft im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie betrieben.

Ethnopluralismus: neu-rechtes Konzept, nach dem einzelne „Kulturen, Ethnien oder Völker“ jeweils angestammte Siedlungsgebiete haben, in welchen sie am besten leben. Migration wird als „Vermischung“ von Kulturen als schädlich bewertet.

Heidegger: mit der Veröffentlichung des dritten Bandes der „Denktagebücher“ von Martin Heidegger, der sogenannten „Schwarzen Hefte“, im Jahr 2014 wurde eine Debatte über Martin Heideggers Antisemitismus und Beteiligung im NS-Staat entfacht. Im Zuge dessen erfreut er sich auch bei neu-rechten Publikationen erhöhter Beliebtheit

Holismus: philosophische Ausrichtung, die jegliche Einzelteile als unveränderliche Teile eines Großen und Ganzen ansieht. So bspw. ein Superorganismus, auf den alles zurückzuführen sei.

Identitäre Bewegung (IB): neu-rechte und aktionsorientierte Jugendbewegung. Inszeniert sich vor allem online als modern und widerständig gegen Migrationsbewegungen.

Identität: in Bezug auf menschliche Gruppierungen wird häufig eine gemeinsame Identität beschworen. Diese kann durch Sprache, Kultur oder Werte bestimmt werden. Außerdem neu-rechter Kampfbegriff zur Verteidigung des Eigenen gegen jegliches Fremde.

Lebensraum: in der Biologie auch Habitat oder Biotop, bezeichnet die Umgebung von einzelnen Arten. Durch die ideologische Verwendung des NS-Regimes in Verbindung mit den Vernichtungskriegen im Zweiten Weltkrieg als Begriff vorbelastet.

neu-rechts: „Neue Rechte“ ist die umstrittene Abgrenzung von „alt-rechten“ Gruppierungen und Ideologien. Hauptunterschied ist die Verurteilung der NS-Verbrechen aus neu-rechter Perspektive.

Rechtsextremismus: bezeichnet politische Ideologien, die auf einem Verständnis von der Ungleichwertigkeit von Menschen beruhen. Zusätzliche Bestandteile sind Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Autoritarismus.

Umvolkung: Begriff aus der nationalsozialistischen Volkstumspolitik. Heute ein Bedrohungsszenario, das in der extrem rechten Szene häufig benutzt wird. Demnach solle eine liberale Einwanderungspolitik für einen voranschreitenden Prozess der „Umvolkung“ und damit zum Aussterben des „deutschen Volkes“.

völkisch: Ableitung von „Volk“. Im Zuge der „völkischen Bewegungen“ verbunden mit rassistischen Vorstellungen von der homogenen Zusammensetzung einer Gesellschaft verwendet.

Weiterführende Literatur

Naturschutz und Rechtsextremismus

Bierl, Peter: Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts. Münster, 2014
Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten. Bonn, 2015;
online verfügbar unter www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript394.pdf

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Online-Dossier zu rechter Ökologie;
online verfügbar unter www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/211915/oekologie

Gröning, Gert/Wolschke-Bulmahn, Joachim: Die Liebe zur Landschaft. Teil 1: Natur in Bewegung. Zur Bedeutung natur- und freiraumorientierter Bewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die Entwicklung der Freiraumplanung. 2. Aufl., Münster, 1995

Gröning, Gert/Wolschke-Bulmahn, Joachim: Die Liebe zur Landschaft. Teil 2: Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflge im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den „eingegliederten Ostgebieten. München, 1987

Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin, 1999

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Braune Ökologen: Hintergründe und Strukturen am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern. 2012; online verfügbar unter www.boell.de/sites/default/files/Braune-Oekologen.pdf

Völkische Siedler_innen

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Die letzten von gestern, die ersten von morgen“? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen. 2017; online verfügbar unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/voelkischer-rechtsextremismus-in-niedersachsen.pdf

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. 2014; online verfügbar unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische_siedler_web.pdf

Überbevölkerung

Rainer, Bettina: Der Diskurs der Überbevölkerung. Zu Metaphorik und Funktion einer in Aussicht gestellten globalen Katastrophe. Dissertation FU Berlin, 2001

Biologismus

Fischer, Gero/Wölflingseder, Maria: Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien auf dem Vormarsch. Wien, 1995

Wuketits, Franz M: Biologismus. In: Spektrum der Wissenschaft 1999; online verfügbar unter www.spektrum.de/lexikon/biologie/biologismus/8707

Neophyten

Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Vilmer Thesen zu Grundsatzfragen des Naturschutzes. Bonn, 2010; online verfügbar unter www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/service/Skript_281.pdf

Eser, Uta: Der Naturschutz und das Fremde: Ökologische und normative Grundlagen der Umwelteethik. Frankfurt, 1999

Heimat

Bienik, Horst (Hrsg.): Heimat. Neue Erkundungen eines alten Themas. München, 1985

Klueting, Edeltraud (Hrsg.): Antimodernismus und Reform. Beiträge zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung. Darmstadt, 1991

Vorkoeper, Ute: Heimat. Eine Einführung. In: Zeit-online vom 01.12.2005; online verfügbar unter https://www.zeit.de/feuilleton/kunst_naechste_generation/heimat_einfuehrung

Mythos Deutscher Wald

Zechner, Johannes: Natur der Nation. Der „Deutsche Wald“ als Denkmuster und Weltanschauung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Wald, 2017, S. 4-10; online verfügbar unter www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2017-49-50_online.pdf

Impressum

1. Auflage 2018

Herausgeber

Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz (FARN)
c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Straße 58a/59a
10243 Berlin

info@nf-farn.de
www.nf-farn.de

Gestaltung und Satz

BBGK Berliner Botschaft
Gesellschaft für Kommunikation mbH
www.berliner-botschaft.de

Bildnachweise

S. 6: Awaya Legends / Flickr (CC BY-SA2.0); S. 7: Clemens Franz / Wikimedia (CC BY-SA 3.0);
S. 9: Magnus Manske / Wikimedia (CC BY-SA2.0); S. 10: SP-820UZ / pxhere.com (Creative Commons CC0);
S. 15: DMC-G7 / pxhere.com (Creative Commons CC0); S. 24: pixabay / Ruslan_Kadyrov (CC0 Creative Commons);
S. 26: Infoletta Hambach / Flickr (CC BY-SA2.0).
Für alle weiteren Bilder liegen die Urheberrechte bei den NaturFreunden Deutschlands oder der Naturfreundejugend Deutschlands.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Ein gemeinsames Projekt der



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**